

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 47 (1971-1972)
Heft: 8

Buchbesprechung: Blick auf die Schweiz : Atomkraftwerke bauen oder...

Autor: Gerteis, Martel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick auf die Schweiz

Atomkraftwerke bauen oder...

Von Martel Gerteis

In Rüthi im st. gallischen Rheintal soll ein weiteres schweizerisches Atomkraftwerk gebaut werden, mit einer Leistung, welche grösser sein wird als diejenige der beiden Kraftwerke Beznau I und II. Inzwischen ist die Technik beim Bau von Reaktor-Kraftwerken so stark fortgeschritten, dass diese Einheit von rund 800 Megawatt Leistung bereits nur noch zu den Mitteltgrossen gehört. Die Diskussion um den Bau von Nuklearkraftwerken hat unterdessen in der Schweiz unerfreuliche Formen angenommen. Es ist sicher richtig, wenn die Bundesbehörden wissen, dass das Schweizervolk punkto Sicherheit und Umweltfreundlichkeit von Kraftwerken sehr strenge Massstäbe verlangt, unter Umständen die «strengsten der Welt». Ebenso kann man es als positiv bewerten, wenn sich eine breite Öffentlichkeit um diese Dinge zu interessieren beginnt, hat man doch vor allem seitens der meisten Politiker allzulange alles «Technische» den Technikern und Wissenschaftern überlassen.

Diese Diskussion braucht aber auch dann, wenn sich nun die Laien engagiert daran beteiligen, nicht unsachlich zu werden. Es mag ein Körnchen Wahrheit enthalten, wenn kürzlich ein Funktönär des «World Wildlife Fund» schrieb, an den Schalthebeln der Macht sässen leider immer noch die «Technik- und Wirtschaftsfachidioten». Aber ebenso wahr ist es, dass die Umweltschutz-Diskussion auch von einigen «Umweltschutz-Fachidioten» angeheizt wird. Es muss doch wieder einmal daran erinnert werden, dass es verschiedene eidgenössische Institutionen gibt, welche mit aller Strenge die scharfen Sicherheitsvorschriften für den Bau von Atomanlagen überwachen, — und zwar unter Mitarbeit von unabhän-

gigen, erstklassigen Wissenschaftlern. Angesichts von Vorwürfen wie dem, es handle sich hier ja doch nur um ferngesteuerte Handlanger des Kraftwerkkapitals, muss man sich nicht verwundern, dass kürzlich einem dieser Beamten der Kragen platzte. In bitteren Worten beklagte sich P. Courvoisier, Sektion für Sicherheitsfragen von Atomanlagen, über die «erschreckende Polarisierung der Meinungen».

Wie die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie kürzlich erklärte, wird zum Beispiel immer wieder die Behauptung weiter verbreitet, dass in Geesthacht bei Hamburg im ersten Betriebsjahr des dortigen Forschungsreaktors 25 Prozent der Neugeborenen als Missgeburten zur Welt gekommen seien. Genaue Orts- und Zahlenangaben imponieren immer — nur ist diese «Meldung» frei erfunden. Der Chefarzt des dortigen Krankenhauses reichte Strafantrag gegen die Urheber ein.

Nach einer weiteren Behauptung soll die Kindersterblichkeit in der Umgebung von Kernreaktoren in den USA viel grösser sein als im Gesamtdurchschnitt des Landes, «wie Professor Ernest Sternglass» erklärte. Ein anderer prominenter amerikanischer Kernenergie-Gegner, Dr. A. R. Tamplin erklärte zwar, die Schlussfolgerungen von Sternglass liessen sich durch keine Tatsachen belegen, — aber solche Dementis gehen natürlich in der Presse unter, weil Dementis nie so interessant sind, wie die Behauptungen selbst.

Selbst wenn man zu den ernsthaften Zweiflern gehört, sollte man es doch den Kernenergie-Befürwortern nicht durch Verbreitung beweisbar falscher Meldungen oder von unvollständigen Zitaten allzu leicht machen. Auch reisserische Buchtitel, wie «Die sanften Mör-

der» entwerten den ernsthaft gemeinten Inhalt des Buches. Und wer sachlich zu bleiben versucht, sollte nicht gleich zu den «Beschwichtigern» oder «Ausläufern des am Bau von Atomkraftwerken interessierten Kapitals» gestempelt werden.

Es lässt sich nämlich jederzeit auf Grund der wissenschaftlichen Fakten nachweisen, dass nach der «sauberen» Wasserkraft die Kernenergie zu den umweltfreundlichsten Energien gehört. Wir stehen leider vor der Situation, dass der Energieverbrauch in der Schweiz unaufhörlich ansteigt, in den letzten Jahren vor allem in den Haushalten. Auch wer letztlich dafür eintritt, dass das Wirtschaftswachstum überhaupt gestoppt werden sollte, muss zugeben, dass sich ein solcher Umdenkprozess nur über Jahrzehnte vollziehen könnte. Mit Energieimporten aus dem Ausland schieben wir die Umweltprobleme auf die Lieferländer ab, — und dort hat man die gleichen Probleme wie bei uns. Die Alternative zum Kraftwerkbau heisst also empfindlicher Energiemangel in der Schweiz.

Kraftwerke kann man — nachdem die Wasserkraft in der Schweiz praktisch voll ausgeschöpft ist — auch mit «fossilen Brennstoffen» betreiben, also mit Kohle, Erdöl oder Erdgas. Am «saubersten» davon ist das Erdgas. Aber auch die grosse Erdgas-Pipeline, die durch unser Land gebaut wird, könnte die grossen Mengen Brennstoff für ein Kraftwerk gar nicht anliefern. Abgesehen davon, dass die Holländer uns auch nicht mehr liefern wollen als das zugesicherte beschränkte Kontingent.

Bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe werden aber ungeheure Mengen an Sauerstoff verbraucht und Verbrennungs-Abgase (Kohlen-Dioxyd) in die Luft abge-

Die Ecke der Wirtschaft

«Eigentum für alle» — Illusion oder Realität?

stossen. Das fällt bei den Atomkraftwerken weg. Die «Strahlungsgefährdung» eines Atomkraftwerkes wird, wie gesagt, durch eidgenössische Vorschriften und Kontrollen rigoros so minim gehalten, dass in der unmittelbaren Umgebung eines Kernkraftwerkes die Strahlung hundertmal weniger zunimmt, als die Zunahme der natürlichen Bestrahlung aller Menschen bei einer Wohnsitzverlegung vom schweizerischen Mittelland nach Pontresina oder in den Tessin.

Hauptproblem ist gar nicht die Strahlung, sondern die Abwärme. Dieses Abwärme-Problem aber stellt sich bei jeder Art von Kraftwerk, auch bei den so «sauberen» Wasserkraftwerken, mit denen wir zunächst die Flüsse kühlen, um dann die gewonnene Energie in den Städten geballt in Form von Wärme an die Umgebung abzutreten, — denn es ist ein Naturgesetz, dass sich jede Energie schliesslich in Wärme verwandelt. Damit unsere Flüsse nicht weiter aufgeheizt werden, sind jetzt für den Bau aller Kraftwerke (nicht nur der Kernkraftwerke) Kühltürme vorgeschrieben. Ihre Auswirkungen auf die Umwelt werden von Meteorologen streng überprüft. Bisherige Resultate: Es sind keine messbaren Auswirkungen auf das Klima zu erwarten. Das schweizerische Klima und unsere «Geographie» eignen sich sogar sehr gut für den Einsatz von Kühltürmen.

Aus dem Schweizer Spiegel Verlag
Rudolf Graber

Die schönsten Basler Fähren- geschichten

Eine Auswahl aus den drei bisherigen Büchlein. Schmuckes Geschenkbändchen. 128 Seiten, Leinen, Fr. 13.80.

Massiv steigende Baukosten, höhere Gebühren und Abgaben, stärkere Belastung durch die Liegenschaftssteuer und vor allem Bodenpreise, die bald einmal ins Reich der Fabel verwiesen werden müssen — wer möchte da noch von einer breiteren Streuung des privaten Haus- und Wohnungseigentums sprechen? Und doch: immer deutlicher schiebt sich dieses Postulat in den Vordergrund der eidgenössischen Prioritätenliste, und beinahe wäre man geneigt, zu sagen, je grösser die Teuerung, je stärker müssten die Anstrengungen für eine breitangelegte Eigentumsförderung sein.

In der Tat bestehen höchst beachtenswerte Zusammenhänge zwischen der inflationären Entwicklung und dem Postulat einer verstärkten Eigentumsförderung. Wie im vergangenen Sommer der Delegierte des Bundesrates für Wohnungsbau, dipl. ing. Fritz Berger, an einer Studientagung der Hochschule St. Gallen ausführte, betrug in unserem Lande allein im Jahre 1970 der inflationsbedingte Wertzuwachs des Liegenschaftsbesitzes rund 4,9 Milliarden Franken. Darüber müsste man sich nicht weiter aufhalten, wenn nicht auf der andern Seite unserer Volkswirtschaft die Sparer und Rentner durch den Kaufkraftverlust des Schweizer Frankens um den gleichen Betrag ärmer geworden wären.

Diese gefährliche Entwicklung hat bereits zu Ungerechtigkeiten geführt, die in einem demokratischen Wohlfahrtsstaat nicht einfach hingenommen werden dürfen. Erst kürzlich ist in diesem Zusammenhang von der Schweiz. Zentralstelle für den Wohnungsbau unmissverständlich festgehalten worden, dass ein Staat, der eine solche inflationäre Entwicklung zulassen muss, weil sie auch im Ausland

festzustellen ist und daher nicht allein mit binnenwirtschaftlichen Massnahmen verhindert werden könnte, auch die Verpflichtung hat, allen jenen Mitbürgern zu helfen, die bereit und willens sind, durch persönliche Anstrengungen ein bescheidenes Eigenheim zu erwerben.

Dieses Postulat deckt sich denn auch mit der Feststellung des Bundesrates in seiner jüngsten Botschaft zur Wohnbauförderung, wo er sagt, dass die Förderung der Wohnungsselbstversorgung «ein zentrales Anliegen der staatlichen Wohnungspolitik sein» müsse. Erfreulicherweise hat es der Bundesrat nicht bei diesem rhetorischen Lippenbekenntnis bewenden lassen, sondern auch nach Wegen und Möglichkeiten gesucht, die im Sinne einer neuzeitlichen und konstruktiven Wohnungspolitik tatsächlich eine umfassende und doch realistische Eigentumspolitik ermöglichen. Als besondere Massnahmen sieht sein neues Wohnbauförderungsprogramm vor, auf der einen Seite die Finanzierung beim Erwerb eines bescheidenen Eigenheims bis zu 90 Prozent zu verbürgen, und andererseits in den ersten Jahren nach dem Besitzesantritt durch die Schaffung eines Fonds de roulement eine Verzin- sung des Fremdkapitals zu ermöglichen, die unter den marktkonformen Hypothekarsätzen liegt. Dass dadurch ganz besonders jungen Familien geholfen werden soll, macht die Lösung des Bundesrates besonders sympathisch! Rr

Jeder  Tropfen Birkenblut
gibt 20 Haaren neue Lebenskraft.